

JUNGFREISINNIGE SCHWEIZ

Positionspapier Drogenpolitik

Die Jungfreisinnigen fordern:

- **Keine weiteren Einschränkungen und keine höheren Steuern bei Alkohol und Tabak.**
- **Anbau, Handel und Konsum von “weichen“ Drogen müssen schrittweise legalisiert werden.**
- **Der Konsum aller Drogen muss straffrei werden.**
- **In einer umfassenden Reform des Gesundheitswesens soll das Verursacherprinzip, auch bei Konsumierenden von Betäubungsmitteln, zur Anwendung kommen.**

1. Ausgangslage

1.1. Der verlorene Krieg gegen die Drogen

Drogen werden wegen ihrer u.a. entspannenden, betäubenden, stimulierenden und psychedelischen Wirkung konsumiert. Sie haben bei massvollem Konsum ausser Nebenwirkungen auch viele positive Effekte und helfen z.B. bei der Linderung von Schmerzen, Schlafproblemen, zur Entspannung in der Freizeit und um fokussiert Tätigkeiten auszuüben. Betäubungsmittel sind daher fest in unserer Gesellschaft verankert und werden immer auf die eine oder andere Weise konsumiert werden.

Der Drogenkonsum wird von der Politik jedoch mittels Verboten und Repression bekämpft. Dieser sogenannte Krieg gegen die Drogen (“War on Drugs“) ist allerdings verloren. Weltweit kommen Tausende Menschen wegen der Repression zu Schaden. Diese Politik erlaubt keine transparenten Märkte, womit auch harmlose Kleinkonsumenten, welche durch den Drogenkonsum lediglich, wenn überhaupt, sich selbst schaden, sich bei der Beschaffung einer Gefahr aussetzen müssen. Direkt gibt es zudem zahlreiche Kollateralschäden durch Polizeiaktionen mit zweifelhaftem Erfolg. Da der Drogenkonsum in dieser Periode mit zweistelligen prozentualen Raten zunahm¹, verfehlte die Politik das zentrale Ziel die Verbreitung von Betäubungsmitteln einzudämmen.

Angesichts dieser Tatsachen ist für die Jungfreisinnigen klar, dass ein Umdenken notwendig ist und die Drogenpolitik geändert werden muss.

1.2. Aufbruchsstimmung in der Drogenpolitik

Eine gewichtige Stimme in der Drogenpolitik, die genau dies fordert, ist die UNO-nahe Kommission “Global Commission on Drugs“², welche sich aus Experten unterschiedlicher Länder zusammensetzt. Die Kommission, welche mittels Empfehlungen an verschiedene

¹ http://www.globalcommissionondrugs.org/wp-content/themes/gcdp_v1/pdf/Global_Commission_Report_German.pdf, S. 4

² <http://www.globalcommissionondrugs.org>

Regierungen agiert, hat sich unter anderem eine auf Tatsachen statt subjektiven moralischen Richtlinien basierte Drogenpolitik als Ziel gesetzt. Verbote lösen keine Probleme, sie bewirtschaften und verschärfen sie. Deswegen sollen Konsumierende nicht stigmatisiert werden, sondern der Dialog soll öffentlich und wissenschaftlich geführt werden.

Ein Umdenken findet nicht nur auf der zwischenstaatlichen Ebene statt. Es gibt lokal bereits einige Beispiele, bei denen eine Abkehr von der schädlichen, repressiven Politik stattfindet. Davon betroffen ist vor allem Cannabis. So haben beispielweise mehrere amerikanische Bundestaaten eine Legalisierung beschlossen. Auch in der Schweiz gibt es Bestrebungen, den Umgang mit dieser Droge zu ändern. In verschiedenen Städten wurden Projekte angestossen, welche wissenschaftlich begleitet eine Legalisierung auf kleiner Stufe vorsehen. Zwar sind diese Projekte rechtlich umstritten, sie zeigen aber dennoch, dass auch die Politik zunehmend an alternativen Lösungen interessiert ist.

Neben Cannabis wird im Moment auch der Umgang mit Snus thematisiert, dessen Konsum und Einfuhr zwar erlaubt, der Verkauf aber verboten ist. Dieses Verbot soll nun fallen.

1.3. Die Erziehung der Bürger ist keine Staatsaufgabe

Die Schweizer Drogenpolitik basiert im Moment auf vier Säulen: Prävention, Therapie, Schadensminderung sowie Repression und Marktregulierung³. Die Jungfreisinnigen Schweiz stehen für eine liberale Gesellschaft ein, in welcher der Staat auf die Eigenverantwortung der Bürger setzt und ihnen grösstmögliche Freiheit zur individuellen Gestaltung des eigenen Lebens einräumt. Es ist keine Staatsaufgabe den Bürger zu erziehen und ihn vor sich selbst zu schützen. Darum ist für die Jungfreisinnigen klar, dass es an der Zeit ist, neue Wege im Umgang mit Betäubungsmittel zu beschreiten und für eine Neugewichtung zwischen den Säulen zu sorgen.

Die JFS fordern eine Neuorientierung der Schweizer Drogenpolitik ein. Konsum und Handel der bereits legalen Betäubungsmittel (u.a. Alkohol und Tabak) darf nicht weiter eingeschränkt werden. Der Verkauf von Snus und anderen Tabakderivaten muss vollständig legalisiert werden. "Weiche" Drogen, namentlich alle Cannabinoide, Khat und psilocybinhaltige Pilze, müssen mittelfristig ebenfalls komplett legalisiert, alle übrigen "harten" Drogen liberalisiert werden.

2. Vorteile einer neuen Drogenstrategie

Die Kriminalisierung von Betäubungsmittel bringt enorme negative Folgen für die Gesellschaft:

- Der illegale Konsum drängt die Konsumenten in den Untergrund. Sie werden unnötig stigmatisiert und bestraft, obwohl sie mit ihrem Verhalten lediglich sich selbst schaden.
- Weil die Waren illegal sind, ist ihr Kauf mit unnötigen Gefahren verbunden.

³ <http://www.bag.admin.ch/themen/drogen/00042/00624/06044/index.html?lang=de>

- Verbote behindern effektive Prävention.
- Auf dem Schwarzmarkt ist keine Qualitätssicherung der Produkte möglich. Für Konsumenten besteht daher die Gefahr an verunreinigte, und damit noch schädlichere Produkte zu gelangen.
- Der Handel ist aufgrund der Illegalität in der Hand des organisierten Verbrechens.
- Die Beschaffungskriminalität wird gefördert.
- Der Staat trägt hohe Kosten für Polizeieinsätze und gerichtliche Verfolgungen aufgrund der repressiven Drogenpolitik.

Drogenlegalisierungen und -liberalisierungen setzen bei genau diesen Problemen an. Mündige Konsumierende sollen für ihre frei getroffenen Entscheidungen nicht kriminalisiert werden. Gelegenheitskonsumenten sollen in ihrem Handeln nicht behindert, und die wirklich Abhängigen nicht bestraft sondern behandelt werden. Wie von der "Global Commission on Drugs" und den im Bericht zitierten Studien aufgezeigt wird, führen Legalisierungen nicht zu einem Anstieg des Drogenkonsums⁴. Eine Abkehr von der heutigen Drogenpolitik ist daher angezeigt.

Eine Legalisierung ist die effizienteste Bekämpfung von Schwarzmärkten, da sich so normale Märkte an deren Stelle entfalten können. Dadurch verbessert sich die Lage der Konsumierenden massiv. Eine Qualitätssicherung der Produkte ist möglich, sie müssen beim Kauf keine Gefahren mehr eingehen und aufgrund von rechtlichen Möglichkeiten gegen Verkäufer vorzugehen wird das zuvor asymmetrische Verhältnis ausgeglichen. Durch die Eindämmung der Beschaffungskriminalität steigt zudem auch das allgemeine Sicherheitsniveau in der Gesellschaft.

Bei der Polizei und der Justiz werden durch diese neue Drogenpolitik Ressourcen frei, welche für die Bekämpfung von wichtigeren Sicherheitsproblemen, wie Gewaltverbrechen und nicht künstlich durch den Staat geschaffene, eingesetzt werden könnten. Damit lässt sich nicht nur Geld sparen und für andere Zwecke einsetzen, eine Legalisierung kann für den Staat zusätzliche Einnahmen generieren, wenn die Produkte besteuert werden (z.B. MwSt.) und Unternehmen Steuern bezahlen.

3. Bereits legale Betäubungsmittel

Aus vor allem historischen Gründen und aufgrund der weiten Verbreitung sind Genussmittel wie u.a. Tabak und Alkohol bereits legal konsumierbar. Obwohl der Konsum dieser Genussmittel leicht rückläufig ist^{5,6}, wird versucht mit Verboten die Bürger einzuschränken und sie somit zu entmündigen. Gerade das neue Tabakgesetz, welches Werbeverbote, Verbote zur Abgabe von Gratismustern und eine Gleichsetzung von E-Zigaretten mit

⁴ http://www.globalcommissionondrugs.org/wp-content/themes/gcdp_v1/pdf/Global_Commission_Report_German.pdf, S. 10f.

⁵ <http://www.suchtschweiz.ch/infos-und-fakten/alkohol/konsum/>

⁶ <http://www.suchtschweiz.ch/infos-und-fakten/tabak/konsum/>

anderen Tabakprodukten vorsieht, obwohl niemand passiv gefährdet wird, lehnen die Jungfreisinnigen entschieden ab. Ebenso beinhaltet auch das neue Alkoholgesetz lediglich weitere Verbote mit fraglicher Wirkung. Die Jungfreisinnigen lehnen solche Kollektivstrafen ab.

Immerhin gibt es allerdings erfreuliche Entwicklungen hin zu mehr Verursachergerechtigkeit (Konsumierende sollen durch ihr Verhalten entstehende Kosten selbst übernehmen) und einer kompletten Legalisierung des Verkaufs von Snus. Die Jungfreisinnigen unterstützen deshalb die diesbezüglich hängige parlamentarische Initiative (13.438) "Gesetzliche Rahmenbedingungen für den Vertrieb von Snus schaffen"⁷.

Die JFS fordern:

- **Keine weiteren Verbote und Einschränkungen jeglicher Art die Konsum und Handel von Alkohol und Tabak betreffen; speziell keine Werbeverbote, Abgabeverbote von Gratismustern, Nachtverkaufsverbote, Happy-Hour-Verbote, Nachtverkaufsverbote, Mindestpreise, Vorschriften an Verpackungen der entsprechenden Produkte.**
- **Das Snus-Verkaufsverbot muss fallen.**
- **Keine Gleichsetzung von E-Zigaretten mit Zigaretten.**
- **Echte Verursachergerechtigkeit im Konsum jeglicher Betäubungsmittel und den damit zusammenhängenden Folgen. Konsumierende übernehmen Kosten für Schaden an sich und Dritten.**

4. Legalisierung "weicher" Drogen

"Weiche" Drogen, worunter die Jungfreisinnigen natürliche Betäubungsmittel, speziell die Cannabinoide, Khat und psilocybinhaltige Produkte ("Magic Mushrooms"), verstehen, sind aufgrund der gesellschaftlichen Akzeptanz und des relativ geringen Schadenpotenzials⁸ am Konsumierenden ideal, um eine neue Drogenpolitik zu versuchen. Mittelfristig soll daher eine komplette Legalisierung angestrebt werden.

Die JFS fordern:

- **Anbau, Handel und Konsum von "weichen" Drogen müssen schrittweise legalisiert werden.**
- **Bevor eine totale Legalisierung durchgesetzt wurde, dürfen Städte und Kantone nicht an der Umsetzung von Pilotprojekten in diesem Bereich gehindert werden.**
- **An den ersten drei Säulen der Schweizer Drogenpolitik (Prävention, Therapie, Schadensminderung) muss festgehalten werden.**

⁷ http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20130438

⁸ http://www.globalcommissionondrugs.org/wp-content/themes/gcdp_v1/pdf/Global_Commission_Report_German.pdf, S. 12

5. Liberalisierung der übrigen Betäubungsmittel

Dass Betäubungsmittel wie beispielsweise LSD verboten und andere wie Alkohol erlaubt sind, ist vor allem historischen Ursprungs und widerspiegelt nicht die konkrete Gefährdung der Gesellschaft und des Konsumierenden. Im Sinne einer auf wissenschaftlichen Tatsachen basierenden Diskussion muss die Politik vom tatsächlichen Gefährdungspotenzial verschiedener Betäubungsmittel geleitet werden.

Die JFS fordern:

- **Der Konsum aller Drogen muss straffrei werden.**
- **Ähnlich den erfolgreichen Programmen zur Bekämpfung des Heroinkonsums muss eine Einrichtung von von Konsumierenden selbst finanzierten Abgabestellen und Substitutionsprogramme für alle Betäubungsmittel eingeleitet werden.**
- **Für die Abhängigen und damit kranken Personen muss der von Konsumierenden primär selbst finanzierte Zugang zu Therapie- und Betreuungsangeboten bereitgestellt werden.**
- **Schrittweise müssen bei Erfolg der neuen Drogenpolitik weitere Betäubungsmittel vollständig legalisiert werden.**
- **Jegliche entstehende Kosten sollen verursachergerecht abgegolten werden.**